Basel.Land.

Ärger über Bordell-Plakat

EVP-Landrätinnen wollen anstössige Werbung verbieten lassen – einmal mehr



Irritiert. Die meisten Schulkinder auf dem Bahnhofplatz beäugen das «Holly-Jones»-Plakat mit einer gewissen Skepsis. Foto Henry Muchenberger

Von Franziska Laur

Liestal. Eine Gruppe Schulkinder albert auf dem Bahnhofplatz in Liestal herum. Ab und zu werfen sie einen verstohlenen Blick auf das Plakat mit einer barbusigen Dame, die sich verführerisch räkelt: «Wöchentlich vier neue exklusive Girls anwesend», steht lockend über ihrer goldenen Mähne geschrieben. Maurizio P. (*), Inhaber des «Holly-Jones», hat diese Woche eine neue Werbekampagne für sein Studio, sein Bordell, laufen.

Stört euch dieses Bild? «Ja, eigentlich schon», sagen zwei Mädchen im Alter von etwa 16 Jahren. «Nein, wir finden das gut, ist doch toll», halten die Jungs dagegen. Müssen sie wohl, schliesslich wollen sie als junge Männer voreinander bestehen.

Motion knapp abgelehnt

Sara Fritz hat vor über zwei Jahren im Landrat eine Motion eingereicht, um genau solche Werbung zu verbieten. Mit 37 zu 39 Stimmen bei zwei Enthal-

tungen wurde ihr Vorstoss abgelehnt. Nun überlegt sie sich, ob sie nochmals einen Anlauf nehmen soll. «Immerhin hat sich der Landrat mittlerweile erneuert», sagt sie. Da das Resultat damals so knapp ausfiel, wäre es für sie spannend zu wissen, ob das Pendel nun zugunsten eines Verbotes ausschlagen würde. In Basel hat die Regierung vor über zwei Jahren einen ähnlich lautenden Anzug überwiesen und die Plakatverordnung angepasst. Werbung für sexuelle Dienstleistungen auf öffentlichem Grund ist dort seither verboten.

Ein Witz, findet Maurizio. Schliesslich sei die H&M-Werbung ebenso freizügig wie seine Plakate. Trotzdem: Vielen Passanten in Liestal gefällt das Plakat nicht. «Ich finde es frauenfeindlich und überflüssig», sagt eine Dame. Eine andere stört es nicht sonderlich: «Eigentlich habe ich gedacht, es sei eine Haarentfernungsreklame», sagt sie. Nach einigem Nachdenken stellt sie allerdings fest: «Es ist überflüssig.» Doch die meisten Anwesenden auf dem Bahnhofplatz tagsüber sind Schulkinder.

Und hier sieht Sara Fritz denn auch das Problem: Im öffentlichen Raum hätten solche Plakate nichts zu suchen. «Ich finde, es ist ein Affront gegenüber denjenigen Eltern, die ihren Kindern so etwas nicht zumuten möchten», sagt sie. Das Problem sei ja auch, dass man sich bei einer solch plakativen Werbung auf öffentlichem Boden nicht aussuchen könne, ob man sie ansehen wolle oder nicht – sie sei einfach präsent.

Stadtrat könnte handeln

Ihre Fraktionskollegin Elisabeth Augstburger ist derselben Meinung. Sie überlegt sich, ob sie im Einwohnerrat einen Vorstoss einreichen und den Stadtrat mit einigen unbequemen Fragen konfrontieren soll. Stadt- wie Landrat hätten die Möglichkeit, die Plakatverordnung auf öffentlichem Gebiet anzupassen – so, wie es Basel-Stadt getan hat.

Nun ist der Bahnhofplatz in Liestal aber SBB-Gelände. Daniele Pallecchi, Mediensprecherin SBB, lässt allerdings ausrichten: «Das Bundesgericht hat mit Urteil vom 3. Juli 2012 entschieden, dass Bahnhofsareale neu als öffentlicher Raum gelten.» Die SBB haben mit diesem Gerichtsentscheid keine Handhabe mehr, den Inhalt von Werbung auf ihren Arealen zu beurteilen und allfällige Einschränkungen vorzunehmen. Vorausgesetzt sei allerdings, dass die Werbung den gesetzlichen Rahmen einhalte.

Dies scheint beim betreffenden «Holly-Jones»-Plakat der Fall zu sein. Wie Christian Senn von der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG) ausführt, sei dieses Sujet schon öfter publiziert worden und überschreite die Grenze des Anstössigen nicht. Die APG kontrolliere die Plakate und lege sie im Zweifelsfall der Stadt oder der Gemeinde zur Genehmigung vor, so Senn weiter.

Das Plakat von «Holly-Jones» beim Bahnhof Liestal wird nicht mehr lange hängen. Maurizio hat den Platz lediglich für eine Woche gebucht. Allerdings läuft seine Werbeaktion im Baselbiet zurzeit mit insgesamt sechs Plakaten und einige davon werden bis zu drei Wochen hängen.

* Name der Redaktion bekannt.

Nachrichten

2500 Ecstasy-Tabletten geschmuggelt

Allschwil. Die Schweizer Grenzwache hat beim Grenzübergang Allschwil-Hegenheim bei der Kontrolle eines Personenwagens im Reisegepäck rund 2500 Ecstasy-Tabletten gefunden. Der 33-jährige Schweizer Lenker und sein 37-jähriger spanischer Beifahrer hatten versucht, die Drogen von Frankreich in die Schweiz zu schmuggeln. Ferner stellten die Grenzwächter fest, dass der Spanier in der Schweiz wegen mehrerer Verkehrsdelikte gesucht war - gegen ihn lag eine Busse von 15000 Franken vor -, teilt die Grenzwache mit. Das Duo wurde der Polizei übergeben und von der Baselbieter Staatsanwaltschaft in Haft genommen.

Rollerfahrer bei Kollision mit Auto verletzt

Muttenz. Ein 58-jähriger Rollerfahrer wurde am Mittwochabend bei einem Zusammenstoss mit einem Auto verletzt. Laut Mitteilung der Polizei bog eine 54-jährige Autofahrerin von der Stegackerstrasse links in die Hofackerstrasse ein, wo es zur Kollision mit dem Roller kam, der von der Birsfelderstrasse her nahte. Der Mann zog sich beim Sturz Verletzungen zu und wurde durch die Sanität ins Spital gebracht. Die Autofahrerin blieb unverletzt.

Auf der Autobahn rechts überholt

Stein. In der Nacht auf Donnerstag kollidierte ein Autofahrer auf der Autobahn A3 bei Stein mit der Mittelleitplanke. Er blieb unverletzt, am Fahrzeug entstand Sachschaden von rund 4000 Franken. Wie die Aargauer Polizei mitteilt, wollte der Lenker nach einem Überholmanöver auf den Normalstreifen wechseln, wurde aber rechts von einem weissen BMW mit französischen Kontrollschildern überholt. Er erschrak, lenkte stark nach links und streifte die Leitplanke. Der BMW-Lenker fuhr unbeirrt weiter. Die Polizei sucht Zeugen (Tel. 062 886 88 88).

Einwohnergemeinde übernimmt Hotel

Rheinfelden. Die Einwohnergemeinde Rheinfelden ist Hotelbesitzerin. Nach dem Ja der Ortsbürgergemeindeversammlung hat sie das Hotel-Restaurant Drei Könige übernommen. Während der Übergangsphase bis zur geplanten Neunutzung werde der Betrieb auf Zusehen hin weitergeführt, schreibt die Gemeinde. Das Mietverhältnis werde auf Mitte 2013 aufgelöst.

Auch alt Landratspräsident Ryser Grünliberale scheinen nur wirft seinen Hut in den Ring noch abnicken zu dürfen

Parteileitung spurt Kandidatur von Gerhard Schafroth vor

Von Daniel Ballmer



Gerhard Schafroth.

Liestal. Nicht die Parteivertretung solle bei der Ersatzwahl in die Baselbieter Regierung im Zentrum stehen. Es seien vielmehr die Kompetenz und der Wille, Probleme lösungsorientiert, engagiert, kreativ und im Regierungsteam

anzupacken. «Dafür werden die Grünliberalen mit dem besten Kandidaten aus ihren Reihen antreten.» Das liess die Partei in der Nacht auf gestern per Medienmitteilung verlauten. Noch am Nachmittag hatte Parteipräsident Hector Herzig gegenüber der BaZ erklärt, dass erst die Mitgliederversammlung vom 8. Januar entscheiden werde, ob und mit wem sich die GLP dem Wahlkampf stellen will.

Fast schon vollendete Tatsachen

Tatsächlich werde die Partei den definitiven Entscheid fällen, bestätigt Herzig auf Nachfrage. De facto aber scheint die Parteileitung bereits einen Entscheid gefällt zu haben. «Wir wollen und müssen kandidieren», sagt Herzig. «Aus der Parteibasis weist denn auch nichts auf ein Veto hin.» Und auch der Kandidat scheint bereits vor der Mitgliederversammlung bestimmt zu sein: Alles läuft auf den Liestaler Landrat und Finanzexperten Gerhard Schafroth hinaus, der seinerseits bereits vorgeprescht war und gegenüber

IN DEN REGIERUNGSRAT Gesucht? Gefunden! Ein kompetenter Finanzdirektor. grunliberale

> Finde den Unterschied. Selbst der Plakat-Vorabdruck scheint auf Gerhard Schafroth hinzudeuten.

Medien unmissverständlich erklärt hatte, dass er kandidieren will. Er sieht sich selber als kompetenten Finanzdirektor, der «den Kanton aus dem Sumpf ziehen» könne. Das scheint auch die Parteileitung so zu sehen: «Gesucht? Gefunden! Ein kompetenter Finanzdirektor» titelt die Partei auf Plakatvorabdrucken. Die Ähnlichkeit mit Schafroth soll rein zufällig sein. Schliesslich würden auch mit anderen möglichen Kandidaten Gespräche geführt, versichert Herzig. Definitive Zusagen gebe es aber noch keine, weshalb auch keine Namen genannt würden.

Bereits fünf parteiinterne Regierungskandidaturen bei der SVP

Von Daniel Ballmer

Liestal. «Als Unternehmer kann man nicht immer nur darüber wettern dass die Regierung keine Ahnung habe», findet Hanspeter Ryser. Werde man dann für eine Kandidatur angefragt, dürfe man nicht einfach zurückstehen, ergänzt der Oberwiler Landwirt, Gemeinderat und alt Landrat. Nun sei für ihn der Moment gekommen, für die Baselbieter Regierung zu kandidieren. «Ich habe schon immer gesagt, dass mich ein Exekutivamt reizt.» Er sehe sich denn auch als Vertreter des Gewerbes. Dagegen seien alle seine parteiinternen Konkurrenten beim Staat angestellt.

Bei der SVP ist heute Anmeldeschluss für die parteiinterne Nomination zur Wahl um den frei werdenden Regierungssitz des zurücktretenden Finanzdirektors Adrian Ballmer (FDP). Rysers Interessensbekundung ist mittlerweile die fünfte Bewerbung, die der SVP-Leitung vorliegt. «Es gibt zwar noch weitere mögliche Parteimitglieder, die sich eine Kandidatur überlegen, mittlerweile aber gehe ich nicht mehr davon aus, dass noch zusätzliche Bewerbungen eingehen», sagt SVP-Prä-

sident Oskar Kämpfer. Selbst an der Nominationsveranstaltung vom

17. Januar könne aber noch spontan Kandidatur aufgestellt werden.

Mit dem jetzigen Bewerberfeld Thomas zeigt sich Kämpfer de Courten.



aber bereits sehr zufrieden. Es seien jene, die er auch selber auf eine mögliche Kandidatur angesprochen habe. Fiir die Parteileitung stehe ein Kandidat im Vordergrund, der die «Qualität der jetzigen Regierungsarbeit anhebt. Unser Wunschkandidat ist ein Manager, der auch mit leitenden Beamten umgehen kann.»

«Basis hat nun echte Auswahl»

Schon seit einigen Tagen bekannt sind die Kandidaturen der Landräte Dominik Straumann (Muttenz) und Thomas Weber (Buus). Wie die «Basellandschaftliche Zeitung» berichtet, haben sich nun auch Nationalrat Thomas de Courten (Rünenberg) sowie Landrat Paul Wenger (Reinach) für eine Bewerbung entschieden. «Die Parteibasis hat nun eine echte Auswahl», kommentiert Kandidat Ryser.

Mit der Nomination sei aber auch eine grosse Verantwortung verbunden. Es gelte, einen SVP-Kandidaten zu finden, der auch für die anderen bürgerlichen Parteien wählbar ist. Selber sieht sich Hanspeter Ryser durchaus in dieser Rolle - doch das wird seiner parteiinternen Konkurrenz kaum anders gehen.



Ryser.

Hanspeter



Wenger.

Eine Niederlage für Bottmingen

Anstösser müssen nicht an Strassensanierung zahlen

Bottmingen. Die Gemeinde Bottmingen hat vor Gericht eine deftige Niederlage einstecken müssen. Die Anstösser müssen an die Sanierung der Weichselmattstrasse keine Beiträge zahlen. Zu diesem einstimmigen Urteil ist das Baselbieter Enteignungsgericht gekommen. Argumentation: Die Sanierung bringe den Betroffenen keine besonderen Vorteile.

Die Gemeinde hatte den Grundbesitzern an der Weichselmattstrasse wegen der Sanierung provisorische Beitragsverfügungen von mehreren Tausend Franken zugestellt. 21 Anstösser hatten sich dagegen gewehrt. Das Gericht habe den Beschwerdeführern nun recht gegeben, teilt die Gemeinde mit.

Nach Meinung der Richter werden nach kantonalem Enteignungsgesetz Anstösserbeiträge nur geschuldet, wenn die Strassensanierung den Anwohnern einen «Sondervorteil» bringe und damit zu einer Wertsteigerung des Grundstücks führe. Die Sanierung reiche in diesem Fall nicht aus.

Wie «Onlinereports» schreibt, wird die Gemeinde Bottmingen wohl auf einen Weiterzug des Urteils verzichten. Angesichts des einstimmigen Entscheids des Enteignungsgerichts sei eine Anrufung des Kantonsgerichts «nicht opportun». dab